

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 61 (1967)

Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : der Krieg geht weiter ; Amerika entehrt sich ; Gefährliches Westdeutschland ; Zug nach links in Frankreich ; Indien im Umbruch ; Sukarnos Glück und Ende

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141267>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

in Schlagworten und Kernsätzen, kurz und bündig höchst und dringend nötige Lebensweisheit beigebracht werden muss. Schlägt man auf und beginnt zu lesen, so stammen die Schlagworte aus — Hitlers und seinesgleichen Mund, deren allerletzte Konsequenzen seit 1945 offen zutage liegen, und die darunter stehenden, von einer offensichtlich verwandten Geistesart zeugenden Kernsätze stammen aus allerjüngster, tief in unsere Gegenwart heute hineinreichender Vergangenheit. Zwei Beispiele von Schlagworten: 1. «... Von euch werden die meisten wissen, was es heisst, wenn hundert Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei — abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen — anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht ...» (Himmler, 4. Oktober 1943) und 2. «... Allmächtiger Gott, segne dereinst unsere Waffen; sei so gerecht, wie du es immer warst; urteile jetzt, ob wir die Freiheit nun verdienen; Herr, segne unseren Kampf! ...» (Hitler, «Mein Kampf», Seite 715). Zwei Beispiele von Kernsätzen: 1. «... Der Krieg ist total ... Das Leben des ganzen Volkes wird nach den Bedürfnissen der totalen Landesverteidigung ausgerichtet. Parlament, Bundesrat und Armeekommando erhalten Vollmachten. Der Geltungsbereich des Militärstrafrechtes wird ausgedehnt. Requisitionen aller Art werden durchgeführt ...», und 2. «... Wer gegen diese Ordnung, ja den guten Hausgeist selber verstößt, der wird erfahren, dass das Schweizerhaus auch eine Burg ist, die ihren Kerker hat; er verdient das freie Leben nicht, weil er es missbraucht und es andern rauben möchte...» (Soldatenbuch, Seite 156/157 und Seite 29). Anstatt von amüsanter wäre also richtiger von bitter-ironischer Lektüre zugunsten von Lebensweisheit zu reden. — Am Schluss des Büchleins steigt noch die Frage auf, ob's denn so sein müsse, dass der Befürworter rein humanitärer Massnahmen stets mit grösserem Wohlwollen aufgenommen werde als der, der tiefergreifende Reformen verlangt, und mit Recht darauf antwortet, das bleibe noch zu beweisen. Ja, die Zeit drängt unerbittlich zu inneren und äusseren Entscheidungen und Entschlüssen in Kirche und Welt, Welt und Kirche!

Lüthi

WELTRUNDSCHAU

Der Krieg geht weiter In Washington sitzen die «harten» Heimkrieger wieder so fest im Sattel wie nur je. Die «weichen», im Grunde regierungstreuen Kritiker der *Kriegführung in Vietnam*, mit dem Präsidentschaftskandidaten Robert Kennedy an der Spitze, kommen mit ihrer weltklugen Halbherzigkeit gegen die brutale Logik der folgerichtigen Militaristen verdientermassen niemals auf. Die radikalen Kriegsgegner aber haben auf die Stellen, an denen die Entscheidungen getroffen werden, sowieso keinen Einfluss. Und da die greifbaren Erfolge der amerikanischen Waffen in Vietnam immer noch in einem grotesken Missverhältnis zu dem riesenhaften Aufwand der USA an Menschen, Geld und Material stehen, so lautete die Entscheidung eben neuerdings: Nicht Abbruch eines Abenteuers, dessen Ausgang zweifelhaft sei, wie die Kritiker meinen, sondern erst recht verschärfte Kriegsführung bis zur Kapitulation des Gegners. In Südvietnam stehen offenbar beispiellos «wirksame» Ausrottungs- und Verwüstungsunternehmen bevor, namentlich im Mekongdelta. In Nordvietnam aber greift Schiffsartillerie ein, werden

Flüsse und Kanäle vermint und die Luftangriffe auf neue Ziele, besonders Industrieanlagen und Reisfelder, ausgedehnt.*

Es geht der Militärführung dabei nicht nur um das Ansehen der Vereinigten Staaten als der grössten und reichsten Militärmacht der Welt, auch nicht, wie Kriegsminister McNamara sagte, um die Hebung der «Moral» der Truppen, der Zivilbevölkerung und der Regierung von Südvietnam. Ebensowenig ist für die in Saigon und Washington massgebenden Kräfte die Hauptsache, den «Preis für die nordvietnamesische Hilfe an den Vietkong» so zu erhöhen, dass in Hanoi die rechnerische Vernunft doch einmal durchbreche. Entscheidend bleibt – wie stets im Auge behalten werden muss – der Wille, mit Südvietnam ganz Südostasien fest unter amerikanischer Kontrolle zu halten und darüber hinaus womöglich den Kommunismus in China auszurotten als die Wurzel aller Übel, mit denen die Vereinigten Staaten zu kämpfen hätten. Wie hoch dabei die Opfer des Volkes von Vietnam in Nord und Süd schliesslich sein werden, spielt für Präsident Johnson und seine Berater keine Rolle. Schon jetzt geben amtliche Statistiken die Zahl der Ziviltoten in Südvietnam mit 12 000 im Jahr an, während private Schätzungen bis auf jährlich 100 000 gehen. In Nordvietnam aber reicht die Zahl der bisher getöteten Zivilpersonen gewiss nahe an die Million heran; der demokratische Abgeordnete Ryan aus New York nimmt an, dass seit 1961 mindestens 250 000 Kinder in Nordvietnam durch die amerikanischen Luftangriffe getötet und 750 000 verletzt wurden.

Was für eine Summe von Leid und Schrecken hinter solchen Zahlen steht, scheint – wie gesagt – die Amerikaner wenig zu kümmern. Auch ihre Verbündeten nicht. Der Verteidigungsminister von Neuseeland, das sich mit ein paar hundert Mann ebenfalls am Vietnamkrieg beteiligt, Dean Eyre, sagte nach einer Reutermeldung vom 24. November 1966 in einer Wahlversammlung, wenn er es machen könnte, so würde er «Nordvietnam morgen früh eine Schüssel voll Bomben geben». Auf einen Zwischenruf: «Und was ist's dann mit den Kindern?», antwortete er: «Auch in London starben Kinder durch Bomben. ... Wir haben es nicht mit unseresgleichen zutun; war haben es mit Orientalen zu tun. Und die sind anders als unsereiner.»

Ähnlich scheinen die Amerikaner zu denken, die den Luftkrieg gegen Nordvietnam führen. «Ihr könnt ja», so geben sie dem Vietkong und den Nordvietnamesen unaufhörlich zu verstehen, «schon morgen den Frieden haben, wenn ihr nur bereit seid, euren Angriff auf die Freiheit und Unabhängigkeit Südvietnams einzustellen.» In Nordvietnam antwortet man

* Wenn man die erschütternden Berichte liest, die einwandfreie europäische und amerikanische Persönlichkeiten der verschiedensten Berufe und Richtungen über die Wirkungen der amerikanischen Luftangriffe auf Nordvietnam erstattet haben, so kann kein Zweifel daran bestehen, dass diese Angriffe grossenteils ganz absichtlich gegen nichtmilitärische Ziele (Wohnhäuser, Schulen, Krankenhäuser usw.) gerichtet sind. Die Bevölkerung soll eben «mürbe gemacht» werden, antwortet aber nur mit um so grösserer Entschlossenheit, der amerikanischen Barbarei zu widerstehen und sie zu rächen.

darauf unweigerlich, dass der Angriff in Wahrheit von den Amerikanern ausgegangen sei, die seinerzeit Ngo Dinh Diem aus den Vereinigten Staaten, wohin er sich zurückgezogen hatte, nach Südvietnam geflogen und ermutigt hätten, das Genfer Abkommen von 1954 zu brechen, weil – wie Präsident Eisenhower selber zugegeben habe – bei einer Volksabstimmung in Gesamtvietnam eine Mehrheit für das Regime Ho Chi-Minh sicher gewesen wäre. Man erinnert ferner daran, dass die Widerstandsbewegung gegen die Diktatur Diem aus Nordvietnam erst Hilfe erhalten habe, nachdem schon jahrelang die Vereinigten Staaten die Machthaber in Saigon mit Geld und Soldaten reichlich unterstützt hätten. Jetzt aber, unter dem Druck der gewaltigen Machtentfaltung der Amerikaner und besonders ihrer Luftangriffe auf Nordvietnam, die Hilfe an die Volksgenossen im Süden zurückzuziehen – eine solche Unehrenhaftigkeit könne der nordvietnamesischen Regierung nicht zugemutet werden. Die Folge wäre ja, dass Südvietnam wehrlos dem verhassten Regiment von Saigon ausgeliefert und endgültig zum amerikanischen Vasallenstaat herabgedrückt würde. Die bedingungslose Einstellung des Luftkrieges gegen Nordvietnam sei darum die erste Voraussetzung für die Einleitung von Friedensgesprächen, die eine Sicherung Südvietnams gegen *jede* auswärtige Oberherrschaft zum Ziel haben müssten.

Gerade das wollen aber die Amerikaner nicht. Verhandlungen haben für sie nur einen Sinn, wenn aus ihnen ein Südvietnam mit einer klar antikommunistischen Dauerregierung unter amerikanischer Schutzaufsicht hervorgehen kann. Die Bereitschaft Nordvietnams zu solchen «Verhandlungen» zu erzwingen, die tatsächlich eine Kapitulation wären – das war von Anfang an der Zweck des Luftkrieges gegen Nordvietnam. Ihn abzubrechen, ohne diese Bereitschaft Nordvietnams in der Tasche zu haben, komme also für die USA, so heisst es immer wieder, nie und nimmer in Frage.

Es ist begreiflich, dass bei solchem Gegensatz der beidseitigen Standpunkte all die Kompromissbemühungen, die von den verschiedensten Orten aus neuerdings unternommen wurden, erfolglos bleiben mussten. Man könnte sich gewiss vorstellen, dass angesichts der drohenden Ausblutung ganz Vietnams in Hanoi wie in der südvietnamesischen Befreiungsfront die Bereitschaft erklärt würde, den Widerstand aufzugeben, ohne dass die Vereinigten Staaten sich verpflichtet hätten, Südvietnam sich selbst zu überlassen. Aber Bedingung dafür wäre erstens, dass *vorher* wenigstens der Luftkrieg gegen Nordvietnam eingestellt, also nicht unter dem Druck amerikanischer Übermacht verhandelt werden müsste. Und zweitens, dass hinter Nordvietnam *gemeinsam China und die Sowjetunion* stünden. An eine solche Gemeinsamkeit ist aber heute gar nicht zu denken. Die Feindseligkeit zwischen den beiden kommunistisch regierten Reichen ist so heillos geworden, dass es bis zu einem förmlichen Bruch nur noch ein kleiner Schritt ist. Wer die grössere Schuld an diesem Zustand trägt, sei jetzt nicht untersucht. Als Tatsache darf aber gelten, dass die Sowjetführer keinesfalls Gefahr laufen wollen, an der Seite Chinas einen Bruch mit den Vereinigten Staaten hinnehmen zu müssen. Wegen Vietnam lassen sie sich

ihre Kreise – ihre Politik der Koexistenz mit den USA – nicht stören. Aus Japan hört man zwar, eine Abordnung japanischer Kommunisten habe letztes Jahr in China den Eindruck gewonnen, dass eine Gruppe führender Politiker, mit dem Staatspräsidenten Liu an der Spitze, eine Verständigung mit der Sowjetunion erstrebt habe, die zu einer verstärkten gemeinsamen Hilfe für Nordvietnam hätte führen sollen. Mao habe aber diesem Plan widersprochen, weil er überzeugt sei, dass Russen und Amerikaner unter *einer* Decke steckten, und die Russen nicht bereit wären, notfalls zusammen mit China gegen Amerika anzutreten. Auf jeden Fall ist es nicht zu einer solchen Verständigung gekommen, und die Vereinigten Staaten scheinen denn auch sicher zu sein, dass sie gegen Nordvietnam und China unternehmen könnten, was sie wollten, ohne dass die Sowjetunion über das gegenwärtige Mass politischer und militärischer Unterstützung hinaus sich für Vietnam in die Schanze schlagen werde. Der geplante Atomwaffensperrvertrag zwischen Washington und Moskau, von dem nachher die Rede sein soll, hat unzweifelhaft Mao, aber wohl auch Liu, von der alles überragenden Bedeutung, die für die Sowjetunion eine Zusammenarbeit mit Amerika hat, erst recht überzeugt. Man scheint so von einem auf die Vereinigten Staaten auszuübenden Druck zugunsten eines *ehrenhaften* Friedens für Vietnam noch weit entfernt.

Amerika entehrt sich Und doch wäre es zum Heil Amerikas selber, wenn sich seine kurzsichtige nationale Selbstsucht nicht so hemmungslos ausleben könnte, wie das jetzt tatsächlich der Fall ist. Ein so aufrichtiger Freund der Vereinigten Staaten wie der schwedische Professor Gunnar Myrdal, der frühere Generalsekretär des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats für Europa und Verfasser eines klassischen Werkes über die Negerfrage in den USA, warnt in einer Rede, die er Ende 1966 in New York gehalten hat, die Amerikaner aufs eindringlichste vor dem Weg, den sie beschritten haben. Regierung und Volk der Vereinigten Staaten, so musste er feststellen, seien Opfer ihrer eigenen Rhetorik und Propaganda. «Beides, Rhetorik und Propaganda, werden im Amerika von heute geradezu fabrikmäßig von ganzen Scharen besoldeter Schreiberlinge produziert.» Die Wirkung dieser Propaganda, die in völligem Widerspruch zu den Tatsachen stehe, sei aber fast ausschliesslich auf die Amerikaner selbst beschränkt. Sie werde dadurch «zu einem Rad in dem Mechanismus, der Amerika immer tiefer in eine völlige moralische und politische Isolierung treibt». Amerikas Verwicklung in den Vietnamkrieg ist für Myrdal «eine ungeheure menschliche Tragödie, die sich, wie es scheint, mit der unentrinnbaren Logik eines klassischen Dramas entfaltet, in dem die endgültige Katastrophe von allem Anfang an durch einen moralischen Konflikt im Herzen der Hauptfigur vorausbestimmt erscheint». Unsere Pflicht sei es, uns gegen den schicksalhaften Ablauf des Dramas mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft aufzulehnen, auch wenn wir die in Amerika herrschenden Mächte und vielleicht die Mehrheit des Volkes der USA gegen uns hätten. «Wir, und nicht sie, halten die hehren Ideale

hoch, die wir aus der Aufklärung übernommen haben, die Ideale von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit. Die Geschichte würde es uns niemals verzeihen, gäben wir diesen Kampf auf in einer Zeit, da diese Ideale aus Mangel an Weitblick hoher Stellen und einer kulturlosen militärischen Technokratie erwürgt werden.»

Man schämt sich, wenn man solche aus tiefer Einsicht in die Wirklichkeit geborenen Mahnworte hört, dass auch in unserer Schweiz die Verdrehung der Wahrheit über Vietnam in ihr Gegenteil so weitherum gläubig angenommen wird. Aber allzusehr wundert wird man sich darüber kaum, wenn man weiss, mit welchen Mitteln in Amerika nach den Worten Myrdals Rhetorik und Propaganda «geradezu fabrikmässig von ganzen Scharen besoldeter Schreiberlinge produziert» wird. Einer der Könige im Reich dieser Grossindustrie ist unlängst gestorben, der Verleger Henry R. *Luce*, dessen Zeitschriften, einschliesslich ihrer internationalen Ausgaben, eine Gesamtauflage von über 13 Millionen und ein Mehrfaches dieser Zahl zu Lesern haben. In einem von Bewunderung für diesen Mann erfüllten Nachruf schreibt der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 859), der Journalismus, den Luce habe betreiben lassen, sei «bewusst parteiisch (republikanisch) in der Aussenpolitik, scharf antikommunistisch und pro Tschiang Kai-schek». Luce selber habe seinerzeit den Anbruch des «amerikanischen Jahrhunderts» verkündet – «eine Vision», so findet der Korrespondent, «die sich seither jeden Tag mehr erfüllt»!

Dutzende von Millionen lesender Amerikaner und Amerikanerinnen sehen den Vietnamkrieg von diesem Blickpunkt aus. Und in tausendfacher Ausstrahlung wirkt die Botschaft vom «amerikanischen Jahrhundert» auch in die übrige «freie Welt» hinaus. Eines der Organe dafür ist die «Central Intelligence Agency» (CIA), um deren Tätigkeit sich in den letzten Wochen ein eigentlicher internationaler Skandal entwickelt hat. Spionage und Gegenspionage mit dem ganzen Gemisch von Schmutz und Lüge, List und Gewalttätigkeit, das ihr anhaftet, gehört zum Alltag jedes modernen Staates, der etwas auf sich hält. Aber die CIA leistet hier dann doch in jeder Beziehung völlig Einzigartiges. Dass sie aber seit vielen Jahren amerikanische und ausländische Schlüsselfiguren in Studentenorganisationen, Journalistenvereinigungen, Gewerkschaften, «humanitären» Einrichtungen und so fort massenhaft und mit Millionen von Dollars unterstützt, damit sie für die amerikanische Weltpolitik werben, das erfuhr man doch erst aus den jüngsten Enthüllungen amerikanischer Zeitschriften und Zeitungen, die lange Listen solcher Empfänger von Bestechungsgeldern veröffentlichten, nachdem einmal die Wahrheit durchzusickern begonnen hatte. Darüber hinaus wusste man freilich schon lang um die Rolle, die die CIA – meist unter Mitwisserschaft höchster Regierungsstellen – als Urheberin von Verschwörungen, Staatsstichen, Ministerstürzen und dergleichen in der Welt herum spielt. Die gewaltsame Ausschaltung von Präsident Arbenz in Guatemala, von Dr. Mossadegh (der kürzlich gestorben ist) in Persien, Dr. Jagan in Britisch-Guyana (um nur wenige Beispiele zu nennen), war

unbestritten ihr Werk. Und dass sie wirksam mithalf, die Kommunistenschlägerei in Indonesien, das mit China auf gutem Fuss stand, vorzubereiten, unterliegt für mich ebenfalls keinem Zweifel. «Die Wirkung von all dem», so schreibt Andrew Kopkind in «New Statesman» (24. Februar), «ist, dass jede Möglichkeit einer unabhängigen Stellungnahme zur Aussenpolitik in den Vereinigten Staaten zerstört wurde. Ein jeder, der für eine amerikanische Organisation ins Ausland ging, war auf irgendeine Art Zeuge für die Theorie, dass die Welt zwischen Kommunismus und Demokratie aufgespalten und alles zwischendrin Verrat sei... Die CIA liess Amerikaner im Ausland nur arbeiten und reisen, weil sie ihre Organisationen unterwandert hatte und sie nach Belieben handhaben konnte... Die CIA ist heute nichts weiter als eine gewaltige internationale Umsturzzentrale, die Ausländer und Amerikaner mit gleicher Wirkungskraft besticht. Sie ist weit entfernt von der Tätigkeit für ‚Nachrichtensammlung und -auswertung‘, die ihre Gründer ins Auge gefasst hatten.»

In der Führung und Propagierung des Vietnamkrieges verdichtet sich diese ganze verbrecherische Fabrikation der öffentlichen Meinung Amerikas und zahlreicher anderer Länder auf eine Art und Weise, die jeden anständigen Menschen, welcher politischen Meinung er im übrigen sein mag, zu unzweideutiger Stellungnahme einfach zwingen muss. Der englische Labourabgeordnete Jenkins hat vollkommen recht, wenn er in einem Leserbrief an den «New Statesman» schreibt: «Die Wahrheit ist, dass sich die amerikanische Regierung gegenüber Vietnam ebenso entmenschlicht hat, wie sich die Deutschen gegenüber den Juden entmenschlicht haben. Und all diejenigen unter uns, die das durchgehen lassen, indem sie ihren Alltagsgeschäften nachgehen und ihre Gedanken von der Wirklichkeit abkehren, machen sich damit ebenso schuldig wie das deutsche Volk im letzten Krieg.»

Gefährliches Westdeutschland Mitschuldig an Amerikas Vietnamverbrechen sind namentlich auch die Regierungen anderer Staaten, die zum Vietnamkrieg nicht nur schweigen, sondern ihn sogar ausdrücklich billigen. Dazu gehört, neben der britischen Labourregierung, vor allem die (alte und neue) Regierung der *Bundesrepublik Deutschland*. Um sich die amerikanische Rückendeckung und Mithilfe bei einem allfälligen Vorstoss zur Umstürzung der bestehenden Machtverhältnisse in Mittel- und Osteuropa zu sichern, stellt sich die Bonner Regierung offen hinter die antikommunistische Weltpolitik der Vereinigten Staaten, auch wenn sie keine Soldaten nach Vietnam schickt. Nur stimmt es mit der westdeutsch-amerikanischen Solidarität neuerdings noch weniger als schon bisher. Neben der Frage der amerikanischen Besetzungstruppen in der Bundesrepublik und der Aufbringung der Kosten dafür, ist es besonders der geplante sowjetisch-amerikanische Vertrag über die *Nichtweitergabe von Atomwaffen*, der in Westdeutschland böses Blut macht, so dass Bundeskanzler Kiesinger letztthin ärgerlich sagte, so könne es in den Beziehungen zwischen Bonn und Washington nicht weitergehen.

Der Entwurf zu diesem Sperrvertrag sieht im wesentlichen dreierlei vor: 1. Die Kernwaffen besitzenden Staaten geben keine solchen Waffen an andere Staaten weiter, auch keine wissenschaftlich-technischen Kenntnisse und Stoffe für die Herstellung von Kernwaffen. 2. Die Staaten ohne Kernwaffen verpflichten sich, keine solchen Waffen herzustellen oder zu erwerben und die friedliche Atomproduktion internationaler Aufsicht zu unterstellen. 3. Kein kernwaffenloser Staat darf einem anderen bei der Verwendung irgendwelchen Materials für Atomproduktion auch zu friedlichen Zwecken helfen, ausser wenn diese Produktion in dem betreffenden Staat internationaler Aufsicht untersteht.

Es ist klar, dass der Plan eines solchen Vertrags bei den kernwaffenlosen Staaten Widerstand, ja Empörung hervorrufen musste. Dass die beiden atomaren Grossmächte ersten Ranges (neben ihren «Freunden» Grossbritannien und Frankreich) das Monopol des Kernwaffenbesitzes haben sollten, weil sie damit den Weltfrieden sichern könnten, die anderen Staaten aber keine Kernwaffen bekommen dürften, weil diese in ihren Händen Kriegsgefahr bedeuten würden – das erscheint tatsächlich als widersinnige und herausfordernde Anmassung sondergleichen. Aber doch nur, wenn man rein abstrakt denkt. In der Erfahrungswelt nimmt es sich anders aus. Es *gibt* Unterschiede in der Gefahr für den Frieden zwischen den einzelnen Staaten, je nachdem sie Kernwaffen haben oder nicht. Mit einem gewissen (oder besser ungewissen) Recht kann man behaupten, dass sowohl die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion Vernunft und Verantwortungsbewusstsein genug hätten, um auf die Anwendung von Kernwaffen zu verzichten, auch wenn sie diese zur gegenseitigen Abschreckung nötig zu haben glaubten. Hingegen gibt es zweifellos Staaten, die solches Verantwortlichkeitsbewusstsein nicht haben.

Ausser an Nassers Ägypten denken die Urheber des Sperrvertrages vor allem an Westdeutschland – und mit vollem Recht. Gegen die von dorther drohende Gefahr ist tatsächlich der Vertrag in erster Linie gerichtet. Die Sowjetunion wird ja nicht müde, vor einem im Bonner Geist wiedervereinigten Deutschland zu warnen, dessen hochgerüstete Wehrmacht auch noch Zugang zu Atomwaffen hätte. Und die Zustimmung Amerikas zu einem Vertrag, der solchen Zugang verböte, ist eben als Preis dafür aufzufassen, dass die Sowjetunion den Vereinigten Staaten mehr oder weniger freie Hand in Ostasien und anderswo lässt. Dieser Preis, so muss man weiter folgern, erscheint recht wohl annehmbar deshalb, weil Amerika selbst sich gegen ein Deutschland sichern muss, das die Vereinigten Staaten in ein verhängnisvolles Ostabenteuer hineinziehen könnte, wenn es an Besitz und Verwendung von Kernwaffen beteiligt würde.

Es ist denn auch gar kein Zweifel daran, dass das Geschrei, das in Westdeutschland gegen den Sperrvertrag erhoben worden ist, in erster Linie der «Gefahr» gilt, Westdeutschland könnte durch endgültigen Ausschluss vom Atomwaffenbesitz in seiner ganzen weit ausgreifenden Ostpolitik gelähmt werden. Natürlich stellt man in der Bundesrepublik andere «Gefahren» in den Vordergrund, namentlich diejenige, Westdeutschland

könne durch den Sperrvertrag in seiner wissenschaftlich-technischen Entwicklung schwer behindert und als wettbewerbsfähige Industriemacht ausgeschaltet, ja zu einem «Volk von Bettlern» herabgedrückt werden, abgesehen davon, dass die NATO ebenso in Stücke gehen müsse wie die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Aber es ist ebenso selbstverständlich, dass diese Gefahren zum mindesten gewaltig übertrieben werden und dass sich hinter der angeblichen Sorge um die zivilisatorische Rolle Westdeutschlands in Wahrheit die Angst verbirgt, mit der ganzen westdeutschen «Politik der Stärke», die seit zwanzig Jahren so leidenschaftlich betrieben wird, könne es aus sein, wenn der Herzenswunsch der Aufrüster nach eigenen Atombomben begraben werden müsse. Erst dieser Tage schrieb der «Bayern-Kurier», das Organ der vom früheren Wehrmachtsminister und heutigen Finanzminister Bonns Franz Josef Strauss geführten Christlichsozialen Union, es liege in der politischen Logik der Zukunft (!), dass die Bundesrepublik entweder selbst irgendwie über Atomwaffen verfügen oder in einem sicherheitspolitischen Gebilde aufgehen müsse, das Kernwaffen besitze. Sogar in der «Neuen Zürcher Zeitung» wird zugegeben, dass solche Stimmen darauf hindeuteten, wie sehr gewissen westdeutschen Politikern daran gelegen sei, der Bundesrepublik den Zugang zu Atomwaffen offenzuhalten. Ja, man kann ganz sicher sein, dass die Politik der Bonner Regierung überhaupt unentwagt auf den Mitbesitz an Kernwaffen ausgeht als der unerlässlichen Voraussetzung für die Weiterführung ihrer in hohem Mass kriegsdrohenden Gewaltpolitik.

Man wird ja sehen, ob und wieweit sich die Befürworter des Kernwaffensperrvertrags durch den westdeutschen Propagandafeldzug einschüchtern lassen. Von der Sowjetunion sollte man das auf keinen Fall erwarten müssen. Aber auch wenn der Vertrag unverändert oder nur mit gewissen auch für kernwaffenlose Staaten «annehbaren» Änderungen unterschrieben werden sollte – wie will man es verhindern, dass sich Westdeutschland über ihn ebenso hinwegsetzt, wie sich das Deutschland der Weimarer und der Hitler-Zeit über den Versailler Vertrag hinwegsetzte, der Deutschland die Wiederaufrüstung verbieten wollte? Das heutige Gerede über Zurücksetzung und Freiheitsbeschränkung für ein atomwaffenloses Westdeutschland gleicht allzu auffällig dem damaligen nationalistischen Lärm über die «Niederhaltung» und «Versklavung» des deutschen Volkes, als dass man nicht auch den neuen Kampf um «Gleichberechtigung» und Bewaffnungsfreiheit Deutschlands mit grösstem Misstrauen beobachten müsse. Wir unsereits sehen nur *einen* Ausweg aus den Schwierigkeiten, die der Verhinderung einer auch noch atomaren Wiederaufrüstung Westdeutschlands entgegenstehen: die Abschaffung *aller* Atomwaffen und den Verzicht auf die Trugvorstellung, dass Atomwaffen in den Händen einiger «zuverlässig» friedliebender Mächte ihre tatsächliche Anwendung in einem Zukunftskrieg unwahrscheinlich machen könnten. Die durchaus reale Möglichkeit, dass Amerika zwar nicht in Europa, aber in Ostasien seine Kernwaffen einsetzen wird, um seinen grossen Gegner zu erledigen, sagt ja alles!

Zug nach links in Frankreich

Ob wir einer atomaren (und allgemeinen) Abrüstung entgegen-

gehen, das hängt nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der Dinge in Frankreich ab.* Die *Wahlen zur Nationalversammlung* schienen zunächst, auf Grund der Ergebnisse des ersten Urnengangs, der Hoffnung auf eine Abkehr von der Aufrüstungspolitik wenig Raum zu geben. Die Partei de Gaulles hat sich über Erwarten gut behauptet und, bei ausserordentlich starker Wahlbeteiligung allerdings, sogar anderthalb Millionen Wähler und Wählerinnen mehr gewonnen als 1962 und wird voraussichtlich auch im neuen Parlament wieder die Mehrheit haben. De Gaulles Volkstümlichkeit und der Wunsch vieler Franzosen nach Vermeidung eines politischen Kurswechsels mit seinen unabsehbaren Folgen hat zu diesem Ergebnis wesentlich beigetragen. Aber die gaullistische Partei hatte eben auch den ganzen Einfluss des Staatsapparats bei ihrer Propaganda auf ihrer Seite und zog dazu namentlich – vielleicht entscheidend – grossen ungerechtfertigten Gewinn aus dem künstlich auf sie zugeschnittenen Wahl- system. Mit ihren 38 Prozent Stimmen würde sie unter einem Verhältniswahlrecht in der Nationalversammlung eine hoffnungslose Minderheit bleiben, während beispielsweise die Kommunisten, die am 5. März 22,5 Prozent Wählerstimmen erlangten, 100 000 mehr als vor fünf Jahren, auf über 100 Sitze kämen gegen 41 Sitzen bei der letzten Wahl. Trotz ihrer Benachteiligung durch das schlechte Wahlrecht brachte es die vereinigte Linke – Kommunisten, Unabhängige Sozialisten, Sozialdemokraten und Radikale – diesmal auf über 42 Prozent Stimmen, das sind gut zehn Prozent mehr, als sie im ersten Gang der Präsidentschaftswahl von 1965 gewann. Wenn sie bei den Stichwahlen vom zweiten Urnengang ebenso fest zusammenhält wie im ersten, und ihre bürgerlichen Teilhaber nicht die Unterstützung von Kommunisten teilweise verweigern, wird sie den Gaullisten wie dem angeblich demokratischen Zentrum unter Lecanuet noch manchen Sitz entreissen und im Parlament auf jeden Fall eine gegenüber bisher gestärkte und einheitlichere Opposition bilden.

Denn das ist nun wirklich der wichtigste Zug dieser Wahlen: Die Linke tritt trotz dem organisatorischen Nebeneinander von Kommunisten und Sozialistisch-demokratischer Föderation bemerkenswert geschlossen und mit einem weitgehend einheitlichen Programm auf. Damit sind die Voraussetzungen für ihren Durchbruch bei einer nächsten Gelegenheit geschaffen. Und diese Gelegenheit wird vielleicht schon bald kommen, jedenfalls nach dem Ausscheiden de Gaulles aus der Politik, das seine Partei nicht überleben wird. Die Linke muss dann beweisen, dass sie regierungs-

* Inzwischen hat sich ergeben, dass die Partei de Gaulles ihre Mehrheit in der Nationalversammlung nur mit genauer Not behaupten konnte, trotz einem «Wahlrecht», das einer ausgesprochenen Minderheitspartei die Mehrheit in der Volksvertretung zuschanzen kann. Die Linke hat sich wiederum ausgezeichnet geschlagen; die Kommunisten haben sogar eine erstaunlich hohe Zahl neuer Sitze gewonnen und sind wohl aus ihrer Isolierung herausgekommen. Die Tage von de Gaulles Königtum sind jedenfalls gezählt. (13. März)

fähig ist und weiss, was sie will. Eine ihrer Schwächen, ihre Unsicherheit in bezug auf die Aussenpolitik, ist sozusagen in letzter Stunde schon diesmal überwunden worden; sie hat sich geschlossen gegen alle Abhängigkeit Frankreichs von der amerikanischen Weltpolitik und besonders gegen den Vietnamkrieg der USA gekehrt und strebt einem von den beiden grossen Machtblöcken unabhängigen, politisch und wirtschaftlich geeinigten Westeuropa zu. Das ist ausserordentlich bedeutsam.*

Auch in der Innenpolitik nähert man sich auf der Linken einem gemeinsamen Tätigkeitsprogramm. Und vor Frankreich stehen tatsächlich *gewaltige Aufgaben*. Wohl röhmt sich Frankreich eines grossen wirtschaftlichen Aufschwungs, nimmt doch seine Industrieproduktion alljährlich um sechs bis sieben Prozent zu. Aber dieser Aufschwung geht zum grossen Teil auf Kosten der lohnverdienenden Bevölkerung. 41 Prozent der französischen Familien haben ein Monatseinkommen von weniger als 1300 Franken. Die Arbeitslosigkeit steigt. Wenn man zu den statistisch erfasssten Arbeitslosen diejenigen Personen zählt, die gern in Handel und Industrie arbeiten würden, aber nicht können (verhältnismässig ältere Menschen, verheiratete Frauen, viele Söhne und Töchter von Bauern usw.), so käme man auf mehr als 800 000 tatsächlich nicht produktiv beschäftigte Männer und Frauen, das sind 4,1 Prozent aller Erwerbsfähigen, die aus dem Wirtschaftsleben ausgeschlossen sind. Besonders schlimm steht es mit den Wohnungsverhältnissen. Nach einer grossen Erhebung über die wirtschaftliche und soziale Gesamtlage Frankreichs, die der «Nouvel Observateur» in mehreren Nummern vor den Wahlen veröffentlicht hat, leben 790 000 Familien – fünf Prozent der Gesamtheit und zehn Prozent in der Pariser Gegend – «in Wohnungen, die keine Wohnungen sind». Ein Drittel der Bevölkerung lebt in überfüllten und häufig aller Bequemlichkeiten entbehrenden, ja ungesunden Wohnungen. 61 Prozent der Familien mit Monatseinkommen unter 1728 Franken können sich nur billige, ungenügende Wohnungen zu einem Mietpreis von höchstens 350 Franken leisten.

Man könnte fast unzählige weitere Beispiele dafür erbringen, wie unverantwortlich das Regime de Gaulle das Wohlergehen der unselbstständig Erwerbenden auf allen Gebieten vernachlässigt hat. Eine umfassende *soziale Planwirtschaft* drängt sich dem Frankreich von heute immer gebieterischer auf. Und die dankbare, wenn auch schwere Aufgabe der Linken ist es, die Wendung zu einer solchen dem Gesamtwohl dienenden Wirtschaft vorzubereiten und sie auch zu vollziehen, sobald sich die Möglichkeit dafür eröffnet.

Indien im Umbruch

Auch in *Indien* haben *Wahlen* stattgefunden, sowohl zum Bundesparlament als zu den Volks-

* Wie nötig eine solche Festlegung der Linken auf eine amerikafreie Aussenpolitik ist, geht aus einem Wort hervor, das man de Gaulle zuschreibt. «Ich sehe nur zwei», sagte er einmal mit dem Blick auf seine Minister, «die sich nach meinem Verschwinden nicht in die Arme der Amerikaner werfen werden.» Ein bedenkliches Zeichen für die aussenpolitische Unselbstständigkeit der regierenden Partei!

vertretungen der Einzelstaaten. Ihr Ergebnis wird als eine «Revolution durch den Stimmzettel» bezeichnet. Die Regierungspartei – genannt Kongresspartei –, die Partei Gandhis und Nehrus, aber auch des jungen kapitalistischen Bürgertums und seiner feudalistischen Verbündeten, die Partei namentlich der Befreiung von britischer Kolonialherrschaft, hat dabei eine Erschütterung erfahren, die ihr unmittelbar lebensgefährlich werden kann. Im Bundesparlament hat sie gerade noch die Mehrheit erlangt; in den Einzelstaaten werden aber in diesen Wochen Regierungen gebildet, die eine Bevölkerung von vielleicht 200 Millionen in offene Opposition zur Zentralregierung in Delhi bringen werden. Dabei ist es noch nicht klar, wie weit die Opposition von rechts oder links herkommt. Sicher scheint nur, dass die Kongresspartei abgewirtschaftet hat. Und alles kommt nun darauf an, ob die Opposition im Bund wie in den Einzelstaaten besser zu regieren vermag als die Kongresspartei.

Weit herum ist eine Koalition von mehr oder weniger radikalen sozialistischen Parteien bei den Wahlen siegreich gewesen. Nicht zuletzt in Kerala, das vor zweieinhalb Jahren auf Grund normaler Wahlen eine kommunistische Regierung bekommen hatte, dann aber unter die Vormundschaft der Zentralregierung gestellt worden war. Damit ist es jetzt zu Ende. In Delhi wird man nicht noch einmal wagen, dem deutlich ausgedrückten Volkswillen derart rücksichtslos entgegenzuhandeln, wie man es damals mit der Einsetzung eines Landvogts («Regierungskommissars») für Kerala getan hat. Frau Gandhi, die Tochter Nehrus, hat als Ministerpräsidentin wahrscheinlich ausgespielt; sie war ein ausgesprochener Versager. Am meisten Aussicht, ihr Nachfolger zu werden, hat anscheinend Morarji Desai, heute Vize-Ministerpräsident, ein fähiger und entschlossener Politiker, in dem viele den Retter der Kongresspartei sehen.

Ein Hauptproblem, mit dem die Bundesregierung wie die Länderregierungen fertig werden müssen, bleibt natürlich das *Hungerproblem*. Wieder ist über eine Bevölkerung von mindestens 60 Millionen in den Provinzen Bihar und Uttar Pradesch eine akute Hungersnot hereingebrochen, abgesehen von der dauernden Unterernährung und langsamem Verhungerung einiger hundert weiterer Millionen in ganz Indien herum. Die Zentralregierung hat gewiss seit Jahren viel getan, um den Hunger zu besiegen. Sie hat die Landwirtschaftstechnik verbessert, umfassende Bewässerungsanlagen geschaffen, auch durch Verbilligung und Rationierung von Lebensmitteln den am meisten verelendeten Volksschichten besonders in den Grossstädten unter die Arme gegriffen. Die Getreideerzeugung ist wesentlich gestiegen, von 52 Millionen Tonnen im Jahr 1952 auf 88,5 Millionen im Jahr 1964. Aber die Dürrejahre 1965/66 hat sie wieder auf 71 Millionen Tonnen zurückgeworfen. Einführen aus dem Ausland genügen nicht, um den Ausfall zu decken. Die Schlachtung der «heiligen Kühe», die nur Futter wegfressen, das für die Menschen da sein sollte) so wenig es auch ist), stösst auf fanatischen Widerstand. Auch die Geburtenbeschränkung setzt sich äusserst langsam durch; gerade die ärmsten Volks-

schichten wollen nichts von der «Familienplanung» wissen, die von oben her empfohlen wird. Kurz, die indischen Menschen sterben nach wie vor zu Tausenden an Hunger und Unterernährung weg, ohne dass durchgreifende Hilfe in Sicht wäre. Gleichzeitig steigt in den Industriegebieten die Arbeitslosigkeit aus Mangel an Rohstoffen.

Indien braucht so nicht nur eine «Stimmzettelrevolution», auch nicht eine blosse «Kulturrevolution»; es braucht eine von Grund auf erneuerte wirtschaftliche und soziale Ordnung, die zum mindesten die einfachsten Lebensbedürfnisse seiner Volksmassen befriedigt, wie das unzweifelhaft in China der Fall ist. Aber im Namen einer mehr als zweifelhaften Demokratie klammern sich die herrschenden Klassen so fest an die hergebrachte «Ordnung», dass sie lieber Krieg mit dem chinesischen Nachbarn zu führen bereit sind, als dass sie «chinesische Methoden» in Indien zulassen würden. Wie lang das so weitergehen kann, wissen die Götter, zu denen das indische Volk betet – und die nicht sicher...

Sukarnos Glück und Ende

Die verhältnismässig milden Formen, in denen sich die längst fällige *Absetzung* Sukarnos, des bisherigen indonesischen Diktators und Abgotts, abgespielt hat, täuscht nicht darüber weg, dass die politische Laufbahn dieses ungewöhnlichen Mannes zu Ende ist. Sukarno war, wie man gesagt hat, der Inbegriff des Demagogen von grosser Begabung. Sein Sendungsbewusstsein, die Leidenschaft seines Kampfes für Indonesiens Befreiung von holländischer Kolonialherrschaft und sein hemmungsloser Ehrgeiz, verbunden mit einer unglaublichen taktischen Verschlagenheit und Geschicklichkeit im Ausspielen der Gruppen- und Personengegensätze zu seinem eigenen Vorteil, verschafften ihm eine Volkstümlichkeit, auf die auch jetzt, bei seiner Entmachtung, gebührend Rücksicht genommen werden musste. Im ganzen spielte er sicher eine unheilvolle Rolle.

Aber was ihm als besonderes Vergehen vorgeworfen wurde, das seine Entfernung endlich unbedingt nötig gemacht habe, dessen hat er sich nicht schuldig gemacht. Er hat keinen kommunistischen Staatsstreich begünstigt – einfach weil es im Herbst 1965 einen solchen Staatsstreich gar nicht gegeben hat. Es gab den Versuch einer eher fortschrittlich gesinnten Offiziersgruppe, die besonders reaktionären oberen Militärführer auszuschalten, einen Versuch, der misslang und von den erfolgreichen Generälen *vorbeugend* zur Ausrottung der Kommunisten benutzt wurde. Die Kommunistische Partei war tatsächlich die stärkste organisierte Kraft in Indonesien, die alle Aussicht hatte, ihre Ziele ohne Staatsstreich zu verwirklichen, und schon darum keinen Grund haben konnte, eine gewalttätige Revolution zu unternehmen, die so offenkundigerweise nicht vorbereitet war, wie das Ende 1965 tatsächlich der Fall war. Es wäre im Blick auf die Machtstellung der scharf kommunistenfeindlichen Armeeführer das Dümmste gewesen, was sie hätten machen können. Aber die Gelegenheit schien günstig, ja einmalig, um unter dem Vorwand, einen kommunistischen Um-

sturzversuch zu unterdrücken, eine Mordorgie zu veranstalten, wie sie in diesem Umfang (mit Hunderttausenden erschlagener wirklicher und noch viel mehr unwirklicher Kommunisten und ihrer Angehörigen, Freunde und Bekannten) und in dieser abscheulichen Rohheit nur von den Judenmorden der deutschen Nazi übertroffen wird.

Von der Begünstigung dieses Riesenverbrechens kann der berüchtigte Geheimdienst der Vereinigten Staaten nicht freigesprochen werden. Professor L. L. Matthias macht über diese Mittäterschaft im «Bulletin» des Fränkischen Kreises (Würzburg, Januar 1967) bemerkenswerte Angaben. Als Nichtgefolgsmann der amerikanischen Weltpolitik, so schreibt dieser wohlunterrichtete Beobachter der Zeitereignisse, stand Sukarno den Vereinigten Staaten längst im Weg. Seine Entfernung wurde jedoch durch die starke Kommunistische Partei verhindert. «Und so beschloss man in Washington, diese KP aus der Welt zu schaffen.» Und zwar nicht erst 1965, im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg. «Der amerikanische Historiker Arthur M. Schlesinger schreibt darüber in seinem Buch „A Thousand Days“ (1965): „Sein (Sukarnos) tiefes Misstrauen gegenüber dem weissen Westen, in erster Linie gegenüber den Vereinigten Staaten, war verständlich, da er wusste, dass die CIA (der amerikanische Geheimdienst) sich an den Bemühungen, ihn 1958 zu stürzen, beteiligt hatte.“ ... Um alle Zweifel über die aktive Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem indonesischen Umsturz (von 1965) zu zerstreuen, kann auch das Zeugnis eines der bekanntesten und bestinformierten Männer der USA zitiert werden. James Reston, einer der Chefredakteure der „New York Times“, schrieb in diesem Blatt unter dem Datum des 19. Juni 1966: „Washington vermeidet es sorgfältig, irgend welchen Kredit für diesen Wechsel (der indonesischen Regierung) in Anspruch zu nehmen, aber das heisst nicht, dass Washington (mit diesem Umsturz) nichts zu tun hatte... Es bestanden vor und während der indonesischen Massaker zwischen den indonesischen und antikommunistischen Kräften (das heisst den Kräften Suhartos) und zum mindesten *einem* sehr hochgestellten Manne in Washington mehr Kontakte als im allgemeinen angenommen wird (!). Es hätte den Truppen General Sunartos häufig an Proviant und Munition gefehlt, wenn man ihnen nicht von hier aus (von Washington aus) durch die Vermittlung verschiedener dritter Mächte geholfen hätte (!). Es ist (sogar) zweifelhaft, ob der Coup jemals ohne die indirekte und heimliche Hilfe von hier (von Washington) aus versucht worden wäre.“ Es kann also unmöglich bezweifelt werden, dass die Vereinigten Staaten den Coup Suhartos in entscheidender Weise gefördert und sogar mit hoher Wahrscheinlichkeit veranlasst haben. Eine Mitverantwortung für das Massaker von rund einer Million Menschen kann daher von den USA nicht geleugnet werden.»

Dr. Matthias schliesst: «Wann wird man endlich beginnen, sich mit den Fakten zu beschäftigen, die durch die amerikanische Politik geschaffen wurden? Wann wird man endlich begreifen, dass der amerikanische politische Stil zu einem vergangenen Jahrhundert gehört und unter jedem

Aspekt rückständig ist? Zu keiner Zeit hat der ‚Westen‘ – von Frankreich abgesehen – so sehr an Prestige verloren wie durch die amerikanische Politik gegenüber farbigen Völkern in Santo Domingo, im Kongo, in Ghana, in Vietnam und in Indonesien.

Es wird – *es muss* der Tag kommen, an dem die farbigen Völker mit uns in gleicher Weise verfahren wie wir mit ihnen. Es ist unmöglich, dass dieser Tag ausbleibt. Es werden dann wahrscheinlich die 800 Millionen Chinesen sein, die das Gottesurteil vollziehen.

Ich habe schon mehrmals gesagt: Wir werden alle an den Amerikanern zugrunde gehen. Man kann es nicht häufig genug wiederholen.»

Müssen wir an den Amerikanern zugrunde gehen? Ihre Vermessenheit kann auch – und wird sicher – an sich selber zugrunde gehen. Der amerikanische Hochschullehrer Frederick L. Schuman schreibt in einem persönlichen Nachrichtenblatt an seine Freunde, das die «Monthly Review» (Februar 1967) anführt: «Meine Ansicht ist, dass die Vereinigten Staaten dem nationalen Selbstmord näherstehen als jemals seit dem Bürgerkrieg, und dass der Krieg gegen Vietnam – eingerechnet die Schande von 1846 und 1898 (Krieg gegen Mexiko um Texas und Krieg gegen Spanien um Kuba) – der schmachvollste Krieg ist, der je im Namen der Republik geführt wurde.» Möge der Zusammenbruch der amerikanischen Imperiumspolitik nur nicht in eine Weltkatastrophe einmünden!

9. März

Hugo Kramer

Vorläufige Anzeige

Am 30. April 1967 findet die Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung und der Freunde der Neuen Wege statt.

Haus des VHTL (gegenüber Bahnhof Wiedikon).

Um 9.30 Uhr spricht Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg.

Thema wird in der Aprilnummer der «Neuen Wege» bekanntgegeben.

Zu Vortrag und Diskussion sind auch weitere Interessenten freundlich eingeladen.

Die Vorstände.